

BFH – Anhängige Verfahren

AO § 162:

Schätzung, Richtsatzsammlung, Gewerbebetrieb

Bundesfinanzhof Az: III R 34/25

Stellt die Anwendung der amtlichen Richtsatzsammlung des BMF eine taugliche Schätzungsmethode dar?

AO § 5:

Begründung, Ermessen, Heilung, Ersetzungsbescheid, Lohnsteuerhaftung

Bundesfinanzhof Az: VI R 2/26

Trägt die Behörde eine verstärkte Begründungspflicht zu ihren Ermessenserwägungen, der sie nicht erst im Klageverfahren nachkommen darf?

Würde eine Heilung der unterbliebenen Ermessenserwägungen erstmals im Klageverfahren durch Erlass eines Ersetzungsbescheides § 102 Satz 2 FGO umgehen?

AStG § 8 Abs 3:

Zinsen, Hinzurechnungsbesteuerung, Zwischengesellschaft, Außensteuerrecht

Bundesfinanzhof Az: IX R 25/25

Muss bei der Beurteilung, ob eine ausländische Zwischengesellschaft im Sinne von § 8 Abs. 3 des Außensteuergesetzes in der Fassung der Streitjahre niedrig besteuert ist, ausschließlich auf die Steuern abgestellt werden, die direkt bei dieser Gesellschaft selbst erhoben werden?

Ist bei der Prüfung der Niedrigbesteuerung der Einkünfte einer ausländischen Untergesellschaft die Hinzurechnungssteuer, die auf Ebene einer ausländischen Obergesellschaft erhoben wird, bei der Beurteilung nicht zu berücksichtigen?

DBA USA Art 19 Abs 2 Buchst b:

Ruhegehalt, Doppelbesteuerungsabkommen, USA, Staatsangehörigkeit, Hinterbliebenenrente

Bundesfinanzhof Az: VI R 5/26

Ist im Rahmen des Art. 19 Abs. 2 Buchst. b Doppelbuchst. aa DBA USA im Falle von Ruhegehaltszahlungen an Hinterbliebene auf die Staatsangehörigkeit des/der Hinterbliebenen oder des/der Verstorbenen abzustellen?

EGV 883/2004 Art 68:

Kindergeld, Familienleistung, Ausland, Rückforderung, Aufhebung

Bundesfinanzhof Az: III R 3/26

Führt die Entscheidung des EuGH in der Rs. C-36/23 (Urteil vom 25.04.2024) dazu, dass die Familienkasse die Festsetzung von Kindergeld bei bislang nicht ausgezahlten auslän-

dischen Familienleistungen wegen Art. 68 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 nicht korrigieren und teilweise aufheben kann, solange die ausländischen Familienleistungen nicht gezahlt wurden?

ErbStG § 13a Abs 5 S 1 Nr 1 S 1:

Erbschaftsteuer, Steuerbefreiung, Verschonungsabschlag, Behaltensfrist

Bundesfinanzhof Az: II R 1/26

Erbschaftsteuer - Ist für die Einhaltung der erbschaftsteuerrechtlichen Behaltensfrist bei Veräußerung des begünstigten Vermögens das schuldrechtliche oder das dingliche Rechtsgeschäft maßgeblich?

ErbStG § 13a Abs 5 S 1 Nr 3:

Schenkungsteuer, Erbschaftsteuer, Steuerbefreiung, Überentnahme, Verschonungsabschlag

Bundesfinanzhof Az: II R 5/26

Können für Zwecke der erbschaftsteuerrechtlichen Überentnahmeregelung (§ 13a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 ErbStG in der bis zum 30.06.2016 geltenden Fassung) die im Rahmen einer mitunternehmerischen Betriebsaufspaltung bei der Betriebspersonengesellschaft getätigten Entnahmen nicht mit den bei der Besitzpersonengesellschaft getätigten Einlagen verrechnet (saldiert) werden?

ErbStG § 13a Abs 5 S 1 Nr 3:

Schenkungsteuer, Erbschaftsteuer, Steuerbefreiung, Überentnahme, Verschonungsabschlag

Bundesfinanzhof Az: II R 6/26

Können für Zwecke der erbschaftsteuerrechtlichen Überentnahmeregelung (§ 13a Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 ErbStG in der bis zum 30.06.2016 geltenden Fassung) die im Rahmen einer mitunternehmerischen Betriebsaufspaltung bei der Betriebspersonengesellschaft getätigten Entnahmen nicht mit den bei der Besitzpersonengesellschaft getätigten Einlagen verrechnet (saldiert) werden?

ErbStG § 13b Abs 4 Nr 1 S 1:

Erbschaftsteuer, begünstigtes Vermögen, Verwaltungsvermögen, Nutzungsüberlassung, Betriebsaufspaltung

Bundesfinanzhof Az: II R 4/26

Wird ein sich im Betriebsvermögen einer KG befindliches Grundstück trotz bestehender Betriebsaufspaltung Dritten zur Nutzung überlassen und handelt es sich folglich um Verwaltungsvermögen im Sinne des § 13b Abs. 4 Nr. 1 Satz 2 Buchst. a ErbStG?

EStG § 113:

Energiepreispauschale, Rückforderung, Arbeitgeber

Bundesfinanzhof Az: VI R 24/25

Kann das Finanzamt eine zu Unrecht gewährte Energiepreispauschale vom Arbeitgeber anstatt vom Arbeitnehmer zurückfordern, wenn der Arbeitgeber bei Auszahlung der Energiepreispauschale die Voraussetzungen des § 117 Abs. 1 Satz 1 EStG beachtet hat?

ESTG § 22 Nr 3:

Billigkeitsgründe, Verlustverrechnung, Erlass

Bundesfinanzhof Az: IX R 27/25

In welchem Umfang sind die Voraussetzungen für eine abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen gemäß § 163 der Abgabenordnung gegeben, wenn Verluste aus Aktienveräußerungen (§ 23 des Einkommensteuergesetzes --ESTG-- a.F.), die zur Erfüllung von Verpflichtungen aus zuvor eingegangenen Optionsgeschäften entstanden, nicht mit den aus diesen Geschäften erzielten Stillhalterprämien (§ 22 Nr. 3 ESTG) verrechnet wurden und die steuerpflichtigen Kläger aus tatsächlichen Gründen keine verrechenbaren Gewinne erzielten (Definitiveffekt)?

ESTG § 4 Abs 4:

Betriebsausgabe, Gewerbebetrieb, Betriebsaufspaltung, Photovoltaik

Bundesfinanzhof Az: III R 45/25

Sind geleistete Vorfälligkeitsentschädigungen als Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 4 ESTG anzusetzen, wenn die Einkunftsquelle nach der Veräußerung bestehen bleibt?

ESTG § 4 Abs 4:

Betriebsausgabe, Gewerbebetrieb, Betriebsaufspaltung, Photovoltaik

Bundesfinanzhof Az: III R 46/25

Sind geleistete Vorfälligkeitsentschädigungen als Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 4 ESTG anzusetzen, wenn die Einkunftsquelle nach der Veräußerung bestehen bleibt?

ESTG § 6 Abs 5 S 6:

Personengesellschaft, Umwandlung, Sonderbetriebsvermögen, Stille Reserven, Gesamtplan

Bundesfinanzhof Az: IV R 1/26

Führt die formwechselnde Umwandlung einer KG in eine GmbH zu einem Sperrfristverstoß gemäß § 6 Abs. 5 Satz 6 des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der zuvor gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten aus dem Sonderbetriebsvermögen des Kommanditisten in das Gesamthandsvermögen der KG überführten Wirtschaftsgüter (GmbH-Anteile) und demzufolge zur rückwirkenden Aufdeckung der stillen Reserven? Oder unterfallen die Anteilsübertragungen und der nachfolgende Formwechsel insgesamt und ausschließlich den Regelungen des § 25 i.V.m. § 20 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 des Umwandlungssteuergesetzes?

ESTG § 8 Abs 1 S 3:

Gutschein, Geldkarte, Sachbezug

Bundesfinanzhof Az: VI R 3/26

Werden von § 8 Abs. 1 Satz 3 ESTG auch Gutscheine oder Geldkarten erfasst, die ausschließlich zum Bezug eines oder mehrerer anderer Gutscheine berechtigen? Gilt dies jedenfalls dann, wenn die Gutscheine, die mit dem Erstgutschein bezogen werden können,

auch selbst die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Satz 3 EStG erfüllen und damit (bei unmittelbarer Zuwendung durch den Arbeitgeber) als Sachbezüge zu qualifizieren gewesen wären?

EStG § 8 Abs 3 S 2:

Rabattfreibetrag, Arbeitnehmer

Bundesfinanzhof Az: VI R 1/26

Kann der Rabattfreibetrag nach § 8 Abs. 3 Satz 2 EStG auch in Anspruch genommen werden, wenn der Arbeitgeber den Verkauf der rabattierten Ware an Endverbraucher im Namen und auf Rechnung einer anderen (Konzern-)Gesellschaft vermittelt?

EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 5 S 1:

Doppelte Haushaltsführung, Inländischer Arbeitslohn, Ausländischer Arbeitslohn, Werbungskosten, Aufteilungsmaßstab

Bundesfinanzhof Az: VI R 20/25

Doppelte Haushaltsführung: Ist der Abzug der grundsätzlich nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 1 EStG als inländische Werbungskosten zu berücksichtigenden Aufwendungen für die Wohnung des Klägers in den USA (nur) mit dem Anteil zu versagen, der dem Anteil desjenigen Arbeitslohns, der auf die Arbeitstage entfällt, an denen der Kläger im Streitjahr in den USA tätig war, am Gesamtlohn entspricht?

EUV 2016/679 Art 79:

Antrag, Beschwer, Datenschutz, EG, Einspruch, EU, EuGH-Vorlage, immaterieller Schaden, personenbezogene Daten, Rechtsschutz, Schadenersatz, Verstoß, Verzicht, Vorabentscheidungsersuchen, Vorbefassung, Vorverfahren

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 73/26

Beschwer für die gerichtliche Geltendmachung eines Schadenersatzanspruchs nach Art. 82 DSGVO

--Verfassungsbeschwerde--

FGO § 52a Abs 3 S 1:

Elektronische Signatur, Elektronische Übermittlung, Steuerberater, Identität

Bundesfinanzhof Az: XR 23/25

Ist eine nach § 52a Abs. 3 Satz 1 Alt. 2 FGO auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereichte Klage wirksam erhoben, wenn zwar feststeht, aus wessen besonderem elektronischen Steuerberaterpostfach sie versandt wurde, die eingescannte Unterschrift (einfache Signatur) auf der Klageschrift aber nicht entzifferbar ist und deshalb die Identität zwischen der signierenden und der versendenden Person nicht festgestellt werden kann?

GewStG § 9 Nr 1 S 2:

Erweiterte Kürzung, Betriebsvorrichtung, Grundstücksunternehmen, Treuhand, Schwestergesellschaft, Vermietung

Bundesfinanzhof Az: III R 27/25

Erweiterte Kürzung für Grundstücksunternehmen nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG:

Steht die verdeckte treuhänderische Vermietung zuvor auf eine Schwestergesellschaft

übertragener schädlicher Betriebsvorrichtungen durch eine grundbesitzverwaltende Kapitalgesellschaft der Inanspruchnahme der erweiterten Grundstückskürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG entgegen, weil eine fremdnützige Vermietungstreuhand nicht als unschädliche Nebentätigkeit anzusehen ist?

GewStG § 9 Nr 1 S 2:

Betriebsvorrichtung, Grundbesitz, Mitvermietung, Kürzung, Erweiterte Kürzung

Bundesfinanzhof Az: III R 33/25

Erweiterte Kürzung gem. § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG bei Mitvermietung eines Lastenaufzugs in einem Gebäude:

Erweist sich die Mitvermietung einer Betriebsvorrichtung bereits dann als zwingend notwendiger Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes, wenn die Betriebsvorrichtung fest mit dem Gebäude verbunden ist?

Ist bei der Prüfung, ob ein zwingend notwendiger Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes vorliegt, auf die tatsächliche Gebäudenutzung abzustellen?

GG Art 3 Abs 1:

Grundsteuer, Bundesmodell, Grundsteuerwert, Grundsteuermessbetrag, Feststellung, Bewertung, Wohnungseigentum, Grundsteuer-Reformgesetz

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 472/26

Verfassungsmäßigkeit des neuen Bewertungsrechts zur Grundsteuer im Bundesmodell
--Verfassungsbeschwerde--

GG Art 3 Abs 1:

Grundsteuer, Bundesmodell, Grundsteuerwert, Grundsteuermessbetrag, Feststellung, Bewertung, Wohnungseigentum, Grundsteuer-Reformgesetz

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 551/26

Verfassungsmäßigkeit des neuen Bewertungsrechts zur Grundsteuer im Bundesmodell
--Verfassungsbeschwerde--

GrEStG § 1 Abs 2a S 1:

Grunderwerbsteuer, Erwerbsvorgang, Beteiligungskette

Bundesfinanzhof Az: II R 2/26

Zur Grunderwerbsteuerrechtlichen Verkürzung der Beteiligungskette im Rahmen des § 1 Abs. 2a Satz 3 bis 5 GrEStG.

GrEStG § 8 Abs 2:

Grunderwerbsteuer, Gegenleistung, Anwachsung, Bemessungsgrundlage

Bundesfinanzhof Az: II R 7/26

Höhe der Gegenleistung im Rahmen der Grunderwerbsteuerfestsetzung:

1. Nach welchen Maßstäben richtet sich die Gegenleistung, welche für die Bemessung der Grunderwerbsteuer nach § 8 Abs. 2 GrEStG heranzuziehen ist, wenn ein Grunderwerbsteuerbarer Vorgang nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 GrEStG dadurch ausgelöst wird, dass aus einer aus zwei Personen bestehenden Personengesellschaft eine Person ausscheidet

und die verbleibende Person vereinbarungsgemäß das Geschäft ohne Liquidation mit allen Aktiva und Passiva übernimmt?

2. Nach welchen Grundsätzen ist zu entscheiden, ob Grundpfandrechte, die im Rahmen des Erwerbs von Grundbesitz übernommen werden, als Gegenleistung der Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer hinzuzurechnen sind? Inwieweit sind dabei insolvenzrechtliche Besonderheiten zu beachten?

KStG § 10 Nr 4:

Aufsichtsratsvergütung, Abzugsbeschränkung, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: I R 3/26

Zur steuerlichen Behandlung von Aufsichtsratsvergütungen - Genügt § 10 Nr. 4 KStG noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen?

KStG § 3 Abs 2:

Feldmarkinteressenschaft, Realgemeinde, Land- und Forstwirtschaft

Bundesfinanzhof Az: VI R 18/25

Ist die Klägerin als Feldmarkinteressenschaft (als solche eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und Realgemeinde im Sinne des Niedersächsischen Realverbandsgesetzes) neben den in § 3 Abs. 2 Satz 1 Körperschaftsteuergesetz (KStG) ausdrücklich genannten Körperschaften eine dort als solche bezeichnete ähnliche Realgemeinde und erzielt sie als solche gesondert und einheitlich festzustellende Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 4 EStG?

Setzt die Ähnlichkeit einer Realgemeinde zu den in § 3 Abs. 2 Satz 1 KStG ausdrücklich genannten Genossenschaften voraus, dass ihr Zweck in der gemeinsamen Bewirtschaftung von Waldflächen liegt?

UStG § 17 Abs 2 Nr 1 S 2:

Vorsteuerabzug, Vorsteuerberichtigung, Insolvenzforderung, Quotenzahlung, Schätzung

Bundesfinanzhof Az: V R 38/25

Zum nachträglichen Vorsteuerabzug für geleistete Quotenzahlungen auf Insolvenzforderungen

Erfordert ein Anspruch auf eine erneute Berichtigung (hier: im Sinne einer "zweiten" Vorsteuerberichtigung) nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 i.V.m. Abs. 1 Satz 2 UStG einen Zurechnungszusammenhang dergestalt, dass die nachträglich vereinnahmte Entgeltforderung einer bestimmten, ursprünglich uneinbringlich gewordenen Forderung zugeordnet werden kann? Scheidet eine zweite Vorsteuerberichtigung folglich denklogisch aus, wenn der ersten (Vorsteuer-)Berichtigung eine Schätzung der Finanzbehörde zugrunde lag?

UStG § 4 Nr 22 Buchst a:

Umsatzsteuerbefreiung, Fahrsicherheitstraining, Kostenübernahme, Selbstzahler-Kurs

Bundesfinanzhof Az: V R 37/25

Steuerfreiheit der Umsätze aus einem Fahrsicherheitstraining

Indiziert allein die Kostenübernahme durch den Arbeitgeber für einen Teil der Kursteilnehmer und die inhaltlich einheitliche Ausgestaltung der Kurse, dass sämtliche Kurse und

damit auch Kurse, die ausschließlich von Teilnehmern im privaten Interesse besucht werden, konkret zum Erwerb oder zur Erhaltung beruflicher Kenntnisse geeignet sind?